

ne Kurden mehr. Das ist übrigens ein bekennender Linker.

**SPIEGEL:** Man kann doch die Gefangenenlager nicht aus der Luft befreien.

**LIPPELT:** Ich bin ein Grüner, ich bin gegen Kriegsmechanismus. Ich nehme niemandem die Antwort ab, aber ich sage als Grüner nicht mehr, aus dem Prinzip der Gewaltfreiheit lasse ich Morde weiter geschehen. Ich erhebe eine Forderung: Die Lager müssen befreit werden. Aber ich diskutiere nicht die Wege, ich bin kein Militär. Ich sage auch, Deutsche dürfen da nicht hin.

**SPIEGEL:** Aber beim nächsten Mal wären die Deutschen dabei?

**LIPPELT:** Das kommt auf die Rahmenbedingungen an: Ich gebe unsere Politik nicht auf, daß Deutschland nach Ende des Ost-West-Konflikts auch ohne diese große Bundeswehr auskommen kann.

**SPIEGEL:** Sollen die anderen die Drecksarbeit machen?

**LIPPELT:** Nein, ich bin ja bereit, zu sagen, wenn wir auf unter 100 000 Mann sind, dann diskutiere ich gern weiter.

**SPIEGEL:** Ein Berufsheer?

**LIPPELT:** Das wird notwendigerweise ein Berufsheer sein müssen. Jedenfalls dürfen wir nicht in den Stiefeln von 370 000 Mann weiter stehenbleiben und dann über die jugoslawische Frage dieses Heer überall in der Welt einsatzfähig machen.

**SPIEGEL:** Wie mehrheitsfähig ist Ihre Position in der Partei?

**LIPPELT:** Die Diskussion innerhalb der Partei wird geführt werden, weil der Länderrat vor zwei Monaten genau dieses verlangt hat. Wir haben im nächsten Jahr drei Parteitage. Ich denke, daß wir für die von uns angestoßene Debatte viele Ebenen und viele Möglichkeiten haben.

**SPIEGEL:** Politiker aller Parteien, neuerdings auch Sie, sprechen sich für Kampfeinsätze aus. Die Militärs sind da zurückhaltender.

**LIPPELT:** Es geht nicht um Kampfeinsätze, sondern um Eingrenzung der Gewalt. Der moralische Druck der Bilder und der Kenntnisse setzt sich bei den Politikern um. Und in den Stäben denkt man an den Zweiten Weltkrieg. Es ist richtig, daß die Stäbe daran denken und daß wir verantwortlich damit umgehen. Es ist aber auch richtig, daß der moralische Druck auf die Politiker Wirkung zeigt.

Es ist eine archaische Gewaltausübung im Gange mit diesen Ausrottungsformen, mit diesen ethnischen „Bereinigungsformen“. So etwas können wir nicht tolerieren. Vorschlägen, wie den Menschen zu helfen ist – auch notfalls unter Anwendung von Gewalt –, werde ich nicht mehr aus einem grünen Prinzip widersprechen.

Lehrer

## Alte Gesichter

Politisch schwer belastete Pädagogen aus alter SED-Zeit haben alle Säuberungen unbeschadet überstanden.

Die Leipziger Russischlehrerin Johanna Hustig, 51, ist eine hochdekorierte Pädagogin. Sie kann die Ehrennadel der Nationalen Front in Silber vorweisen und die Medaille „Für hervorragende Leistungen bei der sozialistischen Erziehung in der Pionierorganisation Ernst Thälmann“.

Sie darf sich sogar „Verdienter Lehrer des Volkes“ nennen. Dieser „Ehrentitel“ wurde ihr noch kurz vor der Wende

kaum. Sie beeindruckte das Gelöbnis der wendepunktlich Geläuterten, „mit meinen Schülern zu lernen und zu leben, immer für sie dazusein, in fröhlichen und ersten Stunden, sie zu fordern und alle zu achten“.

Der Name Hustig steht auf einer umfangreichen Liste, die ein Mitglied der Leipziger Kommission heimlich zusammengetragen und Anfang des Monats ans Dresdner Ministerium gesandt hat. Allein im Regierungsbezirk Leipzig sind danach über 30 politisch schwer belastete Lehrer unbeschadet durch die Anhörung gekommen, darunter eine Reihe ehemaliger Parteisekretäre, zwei stellvertretende Kreisschulräte des alten Systems und sogar einige Pädagogen, die eine Stasi-Mitarbeit zugegeben hatten.

In allen fünf neuen Bundesländern haben die Kultusminister Weisung er-



Lehrer-Prüfungskommission (in Leipzig): Geheimliste ans Ministerium

als Auszeichnung für ihren „parteilichen Unterricht“ verliehen. Genossin Hustig habe immer darauf geachtet, so die Begründung, „sich als sozialistische Lehrerpersönlichkeit ständig zu vervollkommen“. Kein Wunder: Die Pädagogin war jahrelang stellvertretende Schulleiterin und seit 1974 Mitglied der örtlichen SED-Kreisleitung.

Auf Johanna Hustig wollen die sächsischen Schulbehörden auch heute nicht verzichten. Zwar mußte sie sich wegen ihrer bewegten Zeit als SED-Aktivistin vor einer Anhörungskommission im Leipziger Oberschulamt verantworten; das Gremium hat nach Erlass des Kultusministeriums über die Entlassung politisch oder fachlich ungeeigneter Lehrer zu befinden.

Aber die politische Vergangenheit der Pädagogin irritierte die Prüfer

teilt, Lehrkräfte mit tieferer Vergangenheit auf die Straße zu setzen. In Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg ist die Überprüfung bereits abgeschlossen, einige tausend Lehrer wurden für politisch bedenklich erklärt und entlassen; in Sachsen und Brandenburg soll die Kündigungswelle zum Jahresende auslaufen. Doch überall im Osten, so zeigt sich jetzt, haben Belastete die Säuberung wohlbehalten überstanden.

Viele konnten sich auf die Unterstützung alter Freunde verlassen. Der sächsische Kultusstaatssekretär Wolfgang Nowak hat „deutliche Hinweise“, daß bereits bei der Sichtung der Personalakten in den Schulämtern „erheblich manipuliert“ wurde. Unterlagen, die eine Überprüfung herausgefordert hätten, seien einfach unterschlagen wor-

den, besonders verfängliches Material habe man rechtzeitig zur Seite geschafft.

Das Dresdner Ministerium geht mittlerweile davon aus, daß sich Seilschaften bis in die Spitzen der Behörden ziehen. Eine ganze Reihe Altkader hat sich kurz vor der Vereinigung mit Hilfe ehemaliger Genossen auf Posten der Schulverwaltung in Sicherheit gebracht, wo sie bislang einer Überprüfung entgangen sind und nun ihrerseits nach Belieben Schutz gewähren. Selbst in den Anhörungskommissionen sitzen offensichtlich Gewährleute, die sich bei guten Bekannten nachsichtig zeigten. Nowak: „In einigen Ämtern hat sich eine Art mafiotische Struktur entwickelt, die wir erst langsam entwirren.“

Dabei sind die Behörden in Sachsen bei der Durchleuchtung ihres Lehrpersonals noch außergewöhnlich rigoros verfahren. Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise verzichtete darauf, überhaupt Anhörungskomitees einzurichten. Das Kultusministerium beauftragte die Kreisschulräte, die zu DDR-Zeiten eingesetzt und nach der Vereinigung unbelesen übernommen worden waren, Kündigungslisten zusammenzustellen. Zwei dieser Schulräte mußten ihren Stuhl inzwischen räumen, wegen erwiesener Stasi-Mitarbeit.

Andere Ostländer wie Sachsen-Anhalt oder Brandenburg bildeten zwar unabhängige Überprüfungsgremien, nannten aber keine klaren Kriterien, wer denn als politisch belastet zu gelten habe. „Wir gehen davon aus, daß die Leute vor Ort wußten, was sie taten“, sagt Ulrich Poch, Sprecher im Magdeburger Kultusministerium. „Die Kommissionsmitglieder haben ja ein langes Gedächtnis, und wo das nicht reicht, vertrauen wir auf das Prinzip der Selbstauskunft.“

Eine Kontrolle der Überprüfungspraxis gab es in Sachsen-Anhalt nicht, die

Kreiskomitees verfahren nach Gutdünken. So spielten etwa in Merseburg politische Verfehlungen bei der Entscheidung über eine Weiterbeschäftigung keine Rolle. In Zeit wiederum konnte schon die enge Anbindung an die SED zur Kündigung führen, Parteisekretäre wurden „generell als nicht geeignet“ befunden.

Die Unregelmäßigkeiten soll nun ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß klären. Als „auffallend“ wertet der Ausschuß in einem jüngst vorgelegten Zwischenbericht die große Zahl entlassener Lehrer, die nach eigenen Angaben in der DDR parteilos waren. Gleichzeitig gebe es Hinweise, daß eine „Vielzahl anderer Berufskollegen“, die



**Schulpolitiker Nowak**  
„Eine Art mafiotische Struktur“

Funktionäre der SED gewesen seien, „heute wieder an den Schulen des Landes unterrichten“.

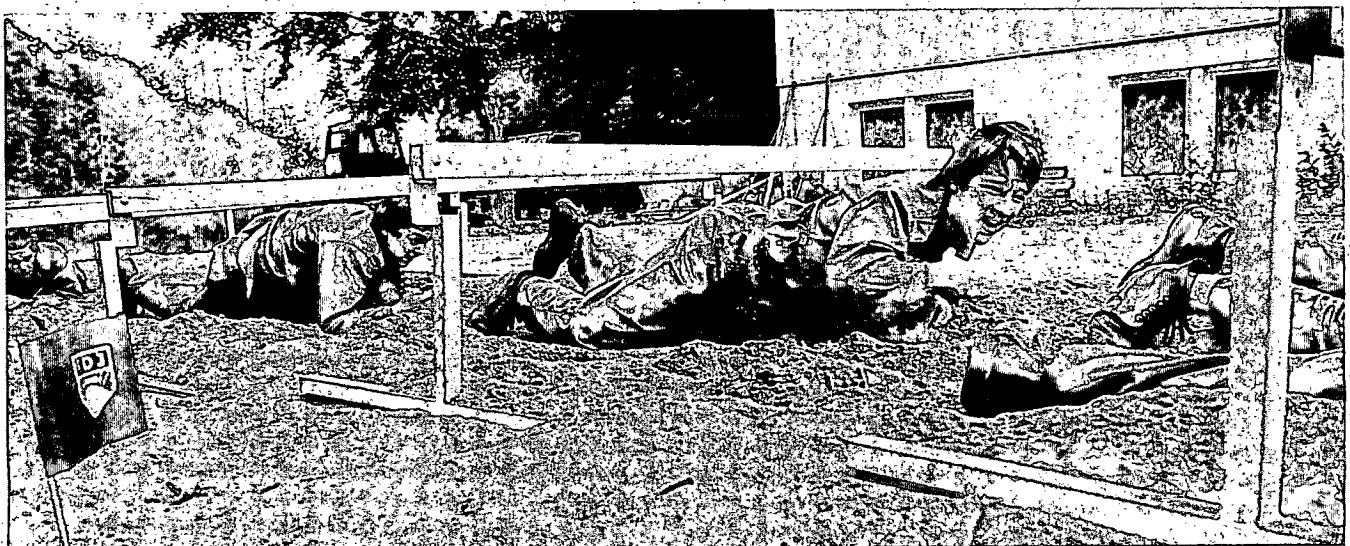
Auch in Thüringen haben Kumpanei und Ämterpatronage die konsequente Entsorgung politischer Altlasten verhindert. „Wer an den richtigen Stellen die richtigen Leute kannte, kam ungeschoren davon“, urteilt Roberto Napierski, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Diese Beobachtung kann der Mathematiklehrer Jürgen Töpfer, 51, aus dem thüringischen Ilmenau nur bestätigen. Dem Kollegium an seiner Schule gehören drei ehemalige Direktoren sowie vier ehemalige Parteisekretäre an. Der Personalrat besteht aus drei ehemaligen stellvertretenden Schulleitern. Auch im örtlichen Schulamt hat sich nach Aussage von Töpfer wenig geändert: „Die Amtsleiterin ist neu, sonst sind's meist die alten Gesichter.“

Der Mathematiker hingegen, der in der DDR nicht einmal Parteimitglied war, mußte sich mit Beginn des Schuljahres einen neuen Job suchen. Er ist Opfer eines speziellen Punktesystems, das an den Schulen eingeführt wurde, um den Stellenabbau voranzutreiben. Je mehr Dienstjahre ein Lehrer vorweisen kann, desto besser stehen seine Chancen für eine Weiterbeschäftigung. Wer jung ist und in seinem Fach ältere Konkurrenten hat, muß gehen.

Pech für Töpfer: Der letzte Vorwendedirektor, der als besonders linientreu galt und ebenfalls Mathematik unterrichtet, bekommt ein paar Punkte mehr zusammen: „Ich werde jetzt von Lehrern verdrängt“, empört sich der unbescholtene Pädagoge, „die noch die Stalin-Zeit genossen und immer zu jedem und allem genickt haben.“

Protest aus der Bevölkerung gegen ihre Weiterbeschäftigung müssen die alten Genossen kaum fürchten. Die meisten Eltern halten still, weil sie Angst vor Stundenausfall haben; die Schüler denken vor allem an das nächste Zeugnis und den Schulabschluß. Geschlossen protestierte die zehnte Klasse der Leipziger Thomas-Mann-Schule gegen die drohende Kündigung ihrer Lehrerin Johanna Hustig. Wichtig sei doch allein die „fachliche Kompetenz“ und das „Verständnis“, das ein Pädagoge aufbringe, schrieben die Gymnasiasten an



**Wehrkunde-Unterricht in einem Schullager bei Potsdam (1983): Zum Haß auf den Klassenfeind gebimst**

# Griffig,



# praktisch,



# gut.

Mit unserem handfesten Angebot kann es in Ihrem Büro ruhig einmal rund gehen: Wir unterstützen Sie mit einem breiten, vielseitigen Sortiment, hochwertigen Markenartikeln und einem engagierten Team. Wir liefern schnell und zuverlässig direkt von Haus zu Haus. Und das alles zu einem "griffigen" Preis-Leistungs-Verhältnis.

**büro  
aktuell**

Die Kompetenz führender Fachgeschäfte.  
Über 800mal in Deutschland - auch in Ihrer Nähe.

Adressennachweis: büro aktuell · Einkaufs- und Marketing-Verbund eG, Postfach, 6000 Frankfurt/Main 50

zuständige Oberschulamt: „Uns, als Schüler, ist die Vergangenheit eines Lehrers unwichtig.“

Mitunter verhindert auch die Protektion durch neue politische Freunde eine konsequente Vergangenheitsbewältigung, wie der Fall Dieter Borth zeigt. Der Geschichtslehrer hatte sich Anfang letzten Jahres auf eine Stelle als Schulleiter in Halberstadt beworben, obwohl ihm kurz vor der Wende noch attestiert worden war, er habe stets einen „gefestigten Klassenstandpunkt“ erkennen lassen und „vorbildliche Arbeit“ im Wehrkundeunterricht geliefert, in jenem Fach, in dem die DDR-Kinder zu gediegenem Haß auf den Klassenfeind im Westen gebildet wurden.

Der zuständige Landrat verweigerte in einem Schreiben ans Ministerium seine Zustimmung zur Ernennung. Doch zwei Wochen später nahm er alle Bedenken schriftlich wieder zurück. Vertreter des CDU-Kreisverbandes hätten ihn überzeugt, daß die „demokratische Grundhaltung von Herrn Borth auch für die Vergangenheit nicht ernsthaft in Zweifel“ gezogen werden könne. „Dieser Einschätzung von seiten der verantwortlichen Repräsentanten einer der demokratischen Parteien unseres Landes“, teilte der Kommunalpolitiker mit, „kann von hier aus nicht widersprochen werden.“

Verbraucher

## Einfach abkassiert

Finanzverkäufer haben Tausenden von Arbeitnehmern unrentable Sparverträge angedreht. Ein Gerichtsurteil macht den Geschädigten Hoffnung.

**W**ie sich erspartes Geld am besten vermehrt, kümmerte Claudio Guagnano bisher wenig. Von seinem schmalen Zimmermannslohn, den der Italiener sich seit einiger Zeit in Süddeutschland verdient, blieb kaum etwas übrig.

Das, so versprach ihm eines Tages ein Bekannter, ließe sich ändern. Der Kollege schlug Guagnano, 23, vor, einen Vertrag mit der SVVG Beteiligungs-Verwaltungs GmbH abzuschließen. Die von Italienern geführte Darmstädter Firma hat sich auf die Vermögensberatung von Ausländern spezialisiert.

Die Aussichten waren märchenhaft. Die von Guagnano auf ein Konto eingezahlten Beträge, 26 Mark im Monat, sollten sich innerhalb von sieben Jahren nahezu verdreifachen. Der Trick: Der in Gelddingen völlig Unerfahrene sollte